

Energiewende: Gestaltungsaufgaben auf vielen Ebenen



Robert Brandt, Dörte Ohlhorst,
Sibyl Steuwer, Kerstin Tews

Kommunen, Regionen und Bundesländer haben bei der Umsetzung der Energiewende oft je eigene Ziele im Sinn. Zudem wirft die EU kritische Blicke auf den deutschen Sonderweg. Es bedarf daher abgestimmter Strategien auf verschiedenen Ebenen, um die Energieversorgung durch erneuerbare Energien zu fördern.

Energy Transition: Organisational Tasks on Different Levels | GAIA 24/1 (2015): 62–63

Keywords: energy transition, multi-level systems, policy coordination

Für die Energiewende gibt es keinen Masterplan, der die Ziel- und Interessenkonflikte auflösen könnte. Sie findet im Spannungsfeld zwischen dezentralen Initiativen und der Notwendigkeit einer übergreifenden Koordinierung statt. Kommunen, Regionen und Bundesländer verfolgen jeweils eigene Ziele und arbeiten mit beachtlicher Dynamik an einer „Energiewende von unten“. Zudem beeinflussen sich die Energie- und Klimapolitiken der EU und ihrer Mitgliedstaaten wechselseitig. Für die Energiewende relevante Entscheidungen werden somit auf mehreren Ebenen getroffen, deren Ziele, Perspekti-

ven und Kompetenzen sich unterscheiden. Aufgrund der politischen, ökonomischen und infrastrukturellen Verflechtungen dieser Ebenen wachsen die Anforderungen zur Koordinierung der Ziele, Instrumente und Maßnahmen bei der Energiewende. Bislang wird jedoch den Fragen der Mehrebenen-Governance wissenschaftlich nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Konferenz zur Mehrebenen-Governance
Deshalb hat das Forschungszentrum für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin (FFU) als Projektpartner der Helmholtz-Allianz ENERGYTRANS im November 2014 Akteure aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu einer Konferenz nach Berlin eingeladen. Im Fokus standen die aktuellen Fragen nach den Chancen, Herausforderungen und Mechanismen zur Mehrebenen-Governance der Energiewende.

Ein Workshop im Rahmen der Tagung widmete sich dem Spannungsfeld zwischen konkurrierenden Länderinteressen und gesamtsystemischen Herausforderungen der Energiewende: Neben der Bundesregierung verfolgen auch die Bundesländer energiepolitische Ziele und nutzen die im föderalistischen System verfügbaren Handlungsfreiheiten. Sie setzen aufgrund unterschiedlicher Energieversorgungspfade, geografischer Bedingungen, Bevölke-

rungsstrukturen und Wertschöpfungsperspektiven eigene Prioritäten in der Energieversorgung. Die auf Bundes- und Landesebene weitgehend ohne gegenseitige Bezugnahme gesteckten Ziele führten zur Forderung nach einer stärkeren Führung „von oben“. Als Beispiel für gescheiterte Koordinationsbemühungen wurden Veto-Positionen einzelner Länder im Zuge des Ausbaus der Übertragungsnetze genannt. Die Konferenzteilnehmer(innen) betrachteten es als Herausforderung, die Länderinteressen mit gesamtsystemischen Herausforderungen der Transformation des Energieversorgungssystems in Einklang zu bringen. Dabei wurde jedoch deutlich, dass die Vorstellungen über eine „Gesamtsystemoptimierung“ bisher nicht klar formuliert sind. Die Energiewende benötige keinen „Deckel“, um das Ausbautempo für Erneuerbare zu kontrollieren, sondern eine bessere räumliche Steuerung des Ausbaus von Erzeugungskapazitäten, Netzen und Speichern. Dies erfordere eine intensivierte Koordinierung sowohl durch politische Leitkonzepte als auch durch eine adäquate Markt- und Raumordnung.

Bürgerenergiewende oder Industrieprojekt?

Ein weiterer Workshop widmete sich der Frage, ob die Transformation des Energie-

Kontakt Autor(inn)en: Dr. Dörte Ohlhorst |
E-Mail: ohlhorst@zedat.fu-berlin.de

Dr. Kerstin Tews | E-Mail: kerstin.tews@fu-berlin.de

beide: Freie Universität Berlin (FFU) | Forschungszentrum für Umweltpolitik | Berlin | Deutschland

Kontakt ENERGY-TRANS: Dipl.-Geogr. Jens Schippl |
Karlsruher Institut für Technologie (KIT) | Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) | Postfach 3640 | 76021 Karlsruhe |
Deutschland | Tel.: +49 721 60823994 | E-Mail:
jens.schippl@kit.edu | www.energy-trans.de

© 2015 R. Brandt et al.; licensee oekom verlag.
This is an article distributed under the terms
of the Creative Commons Attribution License
(<http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/>),
which permits unrestricted use, distribution, and reproduction
in any medium, provided the original work is properly cited.

systems auch weiterhin der Akteursvielfalt einer „Bürgerenergieende“ bedarf oder als ein durch die etablierten Energiekonzerne getragenes Industrieprojekt betrieben werden sollte. Denn mit der Einführung des *Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)* wurden zunächst Markteintrittsbarrieren für neue private Investoren beseitigt. Einspeisegarantie und eine kostendeckende Vergütung haben eine breite Partizipation an der Energieversorgung ermöglicht. Für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien bedarf es eines gesamtgesellschaftlich effizienten, aber auch akzeptierten Wegs. Durch die Beteiligung privater Akteure sehen Vertreter(innen) einer Bürgerenergieende Vorteile für die Kapitalgenerierung sowie die Akzeptanzgewinnung vor Ort.

Beklagt wurden die durch die jüngste *EEG*-Novelle erneut geschaffenen Markteintrittsbarrieren. Allerdings wurde auch betont, dass – aufgrund der gestiegenen Komplexität der Transformationserfordernisse – das energiewirtschaftliche Know-how der Großkonzerne notwendig sei, um eine marktkonforme und kosteneffiziente Transformation zu gewährleisten.

In der Diskussion wurde hervorgehoben, dass es für den weiteren Prozess der Energieende enorm wichtig sei, weniger das Gegeneinander zu sehen, als vielmehr ein Zusammenspiel zu fördern. Daher seien nicht nur die unterschiedlichen Ziele der Akteure, sondern auch die Schnittstellen zwischen Industrie- und Bürgerenergieprojekten und ihren jeweiligen Beiträgen zur Energieende zu identifizieren.

Dezentralisierung als Herausforderung der regionalen Koordination

Ein dritter Workshop konzentrierte sich auf Perspektiven regionaler Governance und erörterte die Frage, wie dezentral die Energieende verlaufen solle. Viele Kommunen und Regionen haben das Ziel, rein rechnerisch so viel Energie erneuerbar zu erzeugen, wie sie vor Ort verbrauchen. Regionale Wertschöpfung ist dabei ein treibender Motor. Diese rein bilanzielle Perspektive stellt die Ansiedlung von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien in den Mittelpunkt kommunaler und regionaler Aktivitäten. Von hoher strategischer

Bedeutung in der jetzigen Phase der Systemtransformation ist es allerdings, das dezentrale 100-Prozent-Erzeugungsziel mit Maßnahmen zur Systemintegration der Erneuerbaren zu verknüpfen. Betont wurde, dass ein Ausgleich fluktuierender erneuerbarer Energie weitgehend durch eine Flexibilisierung von Angebot und Nachfrage in kleineren und damit leichter zu steuernden räumlichen Einheiten erfolgen kann. Erzeugung und Verbrauch sollten deshalb insbesondere vor Ort synchronisiert und Energieströme regional koordiniert werden. Dazu sind in der Regel neue Formen regionaler Koordination erforderlich, deren Raumbezug aber oft nicht deckungsgleich mit politisch-administrativen Grenzen im Mehrebenensystem Deutschlands und Europas ist. Zudem bedarf es der Rahmensetzungen, die den regionalen Initiativen grundlegende Orientierung geben und ihren Spielraum für Innovationen erhalten. Daher waren die räumlichen und akteursbezogenen Auswirkungen der in der jüngsten *EEG*-Novelle anvisierten fundamentalen Veränderungen der Förderung erneuerbarer Energien ein zentraler Diskussionsgegenstand.

Nationaler Sonderweg oder europäisches Gemeinschaftswerk?

Der zweite Konferenztag widmete sich der europäischen Dimension der deutschen Energieende. Politische Koordinationsanforderungen wurden bisher stark auf die Risiken und Chancen reduziert, die sich aus der föderalen Struktur Deutschlands ergeben. Erst langsam erscheint die politische Relevanz Europas für die Energieende auf der Agenda. Dabei wird meist von einem Spannungsverhältnis zwischen der deutschen Energieende und Europa ausgegangen: Einerseits wird argumentiert, die deutsche Energieende als Sonderweg gefährde die kosteneffiziente Transformation der Energieversorgung im Rahmen eines europäischen Energiebinnenmarktes. Daher müsse sich die deutsche Energiepolitik an die Erfordernisse des Binnenmarktes anpassen. Auf der anderen Seite wird der Bedarf an einem integrierten europäischen Vorgehen zwar anerkannt; doch ergäbe sich daraus nicht zwangsläufig eine Korrektur nationaler ambitionierter Ziel-

setzungen, sondern die strategische Notwendigkeit einer aktiveren Energieende-Europapolitik Deutschlands.

Gegenstand der Diskussion waren somit Fragen nach dem adäquaten Verhältnis von Supranationalismus, Intergovernmentalismus und Vorreiterpolitik hinsichtlich der Definition energie- und klimapolitischer Ziele und Instrumente: Welcher Grad an Harmonisierung nationaler Energiepolitiken ist nötig und möglich, um sowohl national ambitioniertere Politik als auch ein europäisch integriertes Vorgehen zu ermöglichen? Ein integriertes europäisches Vorgehen bei der Transformation des Energiesystems werde angesichts aktueller Trends zur Re-Nationalisierung der Energiepolitik in Europa zu einer wachsenden Herausforderung. Damit komme der verstärkten bilateralen Koordinierung mit den europäischen Nachbarländern eine höhere politische Bedeutung zu. Einigkeit bestand darüber, dass die Klimapolitik glaubwürdige Vorreiter für eine ambitionierte Politik auf europäischer Ebene weiterhin benötigt.

Ausblick

So unterschiedlich die Perspektiven auf die Herausforderungen für eine Governance der Energieende waren, so deutlich kristallisierten sich auch die offenen Fragen heraus, zu denen es eines intensivierten gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskurses bedarf. Es kann keinen Masterplan geben, benötigt werden aber grundlegende Leitkonzepte für die Systemarchitektur einer auf erneuerbaren Energien basierenden Energiewirtschaft und entsprechende Modi politischer Koordinierung. Gefordert wurde eine transparente gesellschaftliche Auseinandersetzung über den Wettbewerb der Ideen und Ziele, die die verschiedenen Akteure mit der Energieende verbinden. Diesen Diskurs zu organisieren und voranzutreiben, wurde als zentrale Forderung nicht nur an die Politik, sondern auch an die Wissenschaft formuliert.

WEITERE INFORMATIONEN:

Eine Dokumentation der Konferenz kann heruntergeladen werden unter www.polsoz.fu-berlin.de/konferenz-mlg-energieende.